

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 45

Artikel: Gesucht: ein König : Regierungsreform
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-618270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

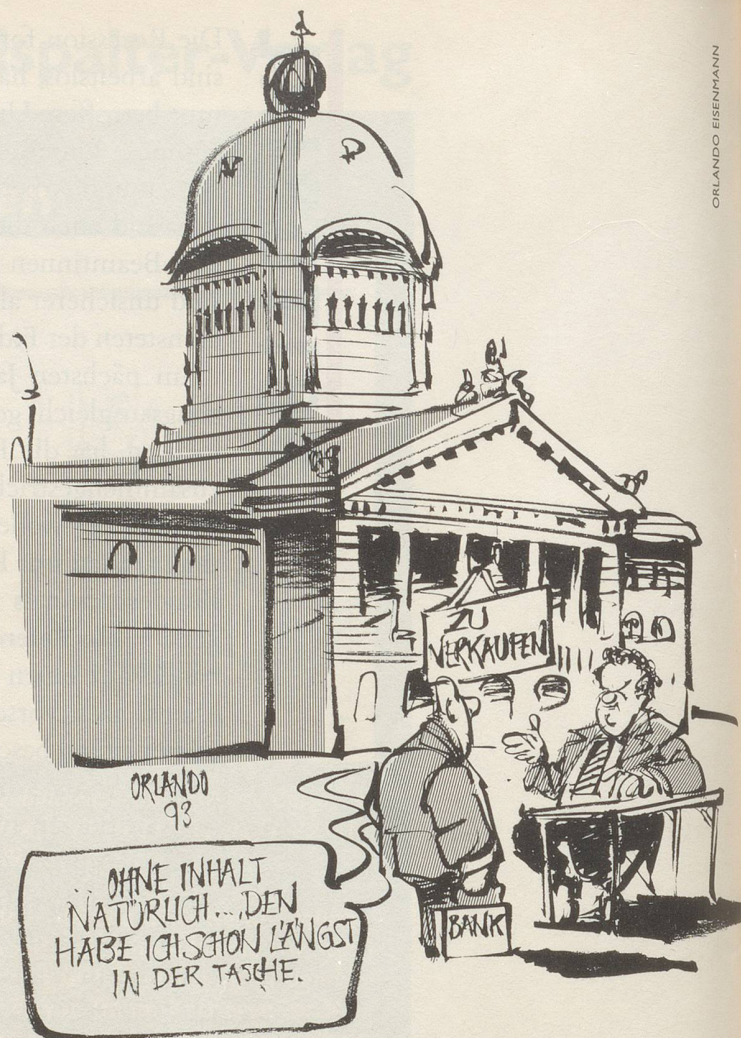
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Regierungsreform:

Gesucht: ein König

Mit der Staats- und Regierungsreform soll es also Schrittlchen für Schrittlchen vorwärtsgehen. Unter der weisen Führung des pensionierten Staatsrechtlers Kurt Eichenberger und des ebenfalls pensionierten Bundeskanzlers Walter Buser – übrigens nie ein Ausbund von Phantasie und Kreativität – will der Bundesrat Veränderungen in der Staatsführung einleiten. Das heisst, am liebsten hätte er gar nichts Neues. Denn das brächte ja nur Unruhe und Verunsicherung ins Bundeshaus. Und man müsste sich wieder an Neues gewöhnen. Schrecklich, schrecklich. Doch, wie sagt man dies den Bürgerinnen und Bürgern, damit die Unlust nicht gerade ins Auge sticht? Kein Problem, man sucht nach Begründungen, die auch im hintersten Winkel des Landes einsichtig sind.

So ist es beispielsweise nach Auffassung des Bundesrates nicht möglich, aus der Schweiz eine parlamentarische Demokratie mit Regierungsmehrheit und Opposition wie in der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Ein solches System brauche immer, sagte Bundeskanzler François Couchepin, einen Ausgleich in der Form eines



Gesucht: solvente Interessenten

Präsidenten oder eines Königs. Das haben wir aber nicht, also ist eine parlamentarische Demokratie nicht möglich. Schade, dass der Bundesrat uns und vor allem der Regenbogenpresse keinen Präsidenten oder gar einen König gönnt. Anwärter hät-

te es sicher zuhauf gegeben: Christoph Blocher, Jean Ziegler, Ernst Mühlemann, Edgar Oehler, Franz Jaeger ... Oder vielleicht hätte uns das Vereinigte Königreich gar eines ihrer besten Exemplare zur Verfügung gestellt.

Vor die Presse nur bei schönem Wetter:

Die «100 Tage» können warten

Eigentlich hätte es eine ganz gediegene Veranstaltung werden können. Urs Scheidegger, der neue Flüchtlingsdirektor, wollte Ende Oktober das zelebrieren, was heute jeder Höherchargierte eines einigermassen zivilisierten Landes tut, nämlich Bilanz ziehen über die ersten 100 Amtstage. Mindestens einen mittleren Tagesschaubeitrag hätte er auf sicher gehabt, ebenso das obligate Foto in den Zeitungen. Plötzlich aber war Scheideggers Termin aus dem

Kalender verschwunden. Spurlos und ohne Erklärung.

Nun ist es alles andere als ein Geheimnis, dass der nunmehr beamtete Ex-Journalist liebend gern mit Bild, Text und O-Ton in den Medien präsent ist. Allerdings: Die publizistischen Elaborate um und über Scheidegger müssen einen auf der ganzen Linie positiven Eindruck hinterlassen, sonst macht das Ganze keinen Sinn. Aus diesem Grund wurde der Anlass sang- und klanglos fallengelassen, als die

Kosovo-Asylanten und die Kirchen – völlig respektlos und mit null Gespür für Scheideggers Pläne – plötzlich Stunk machten. Das hätte ja womöglich noch kritische Fragen abgesetzt. So harrete Scheidegger am fraglichen Tag in seinem Büro aus.

Unser Vorschlag: Eine 200-Tage-Bilanz im Januar. Das Schönwetterprogramm wäre kalkulierbar, wenn der Fremdenpolizei auferlegt würde, allfällige Ausschaffungsfristen auf Februar oder März anzusetzen.